

II. Gerichtskosten im Verfahren der 1. Instanz

Kosten in Zivilprozess- und
Zwangsvollstreckungssachen

- Inhalt:
1. Kostenansatz
 2. Streitwert
 3. Verbindung / Trennung
 4. Auslagen
 5. Schlusskostenrechnung

$$(1 + x)^n = 1 + \frac{nx}{1!} + \frac{n(n-1)x^2}{2!} + \dots$$

$$a^2 + b^2 = c^2$$

$$x = \frac{-b \pm \sqrt{b^2 - 4ac}}{2a}$$

Kostenansatz (WAS?)

Kostenansatz

=

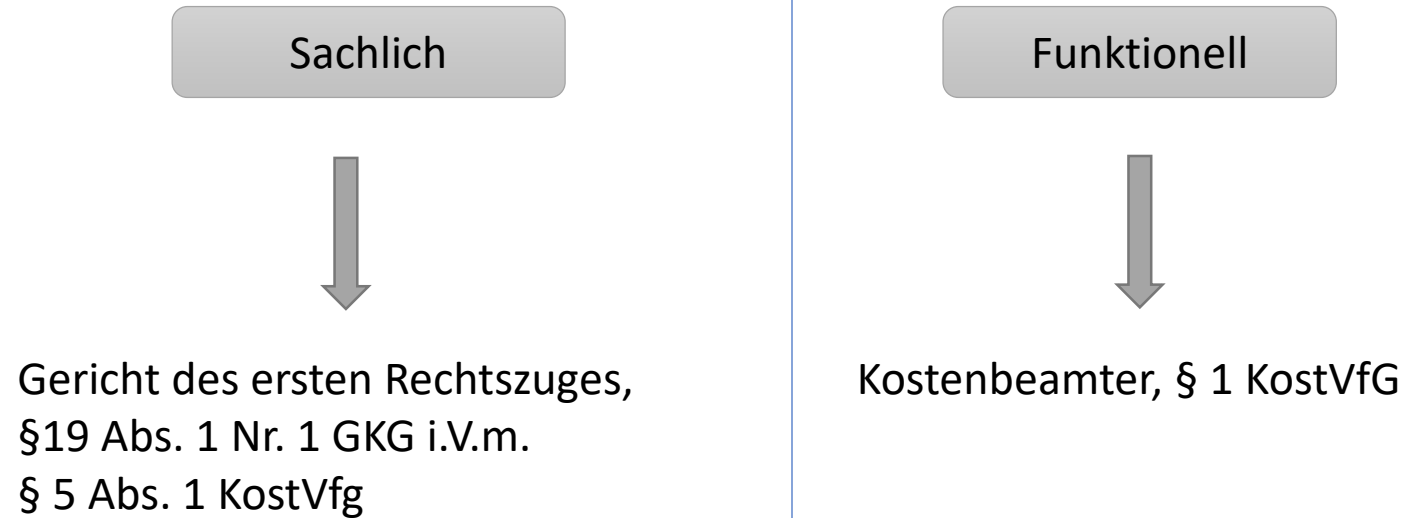
Berechnung der Gerichtskosten

+

Feststellung des Kostenschuldners

Kostenansatz (WER?)

- Zuständigkeit:



Kostenansatz (WIE?)

- Vorauszahlung:

Gerichtliche
Handlung wird
von der Zahlung
abhängig
gemacht:



Kostennachricht, § 26 KostVfg

Sonstige Kosten:

Kosten fällig?

JA



**Sollstellung,
§ 25 KostVfg**

NEIN



**Vorschuss-
rechnung,
§ 26 KostVfg**

INHALT DER KOSTENRECHNUNG:

§ 24 Abs. 1 KostVfg

- Bezeichnung des Gerichts nebst Aktenzeichen
- Kurzrubrum
- Gesetzliche Grundlage (**KV-Nr.**)
- Bei Wertgebühren den Streitwert
- Bereits geleistete Zahlungen
- Gesamtbetrag der zu zahlenden Kosten
- Bezeichnung des/der Kostenschuldner/s
 - Namen, Anschriften, ggf. gesetzliche/r Vertreter

Landgericht Berlin

Berlin, den 25.02.2025

5 O 102/21

Geschäftsnummer

In dem Rechtsstreit

Müller ./ Meier

Gegenstand des Kostenansatzes	KV-Nr.	Wert	Zu erheben sind EUR	Vermerke
Verfahren im Allgemeinen	1210	5.000,00	511,50	<u>keine Mithaft</u>
Summe:			511,50	

Hierauf sind gezahlt: 0,00 EUR

Rest: **511,50 EUR**

**Die zu erfordern sind mit Kost 23 - veranlasst am 25.02.2025 über die
KEJ-Schnittstelle - von:**

Herrn

Manfred Müller

Mustergasse 1

10315 Berlin

Urschrift der Kostenrechnung

Die Verfahrensgebühr

Hauptabschnitt 2 Prozessverfahren

1210	Verfahren im Allgemeinen	3,0
------	--------------------------------	-----

- Abgeltungsbereich:
Gesamte Tätigkeit des Gerichts in erster Instanz
 - *Insbesondere Kosten für Personal / Verwaltung/ Infrastruktur/ technische Ausstattung*
- Streitwertabhängig
- Entsteht grundsätzlich **nur einmal**, § 35 GKG

Vorauszahlungspflicht

- Gilt in erster Instanz bei:
 1. Klageerhebung, § 12 Abs. 1 S. 1 GKG
 2. Klageerweiterung, § 12 Abs. 1 S. 2 GKG

Zu beachten:

- Keine Abhängigmachung ohne gesetzliche Grundlage, § 10 GKG
- Bei anwaltlicher Vertretung wird die Kostennachricht an den Anwalt zur Vermittlung übersandt, § 26 Abs. 6 KostVfg.
 - Der Anwalt selbst wird jedoch nicht zum Kostenschuldner!

Beispiel:

- K reicht am Landgericht seine gegen B gerichtete Zahlungsklage über 8.000,00 EUR ein.

Welche Gerichtsgebühr ist entstanden?
Wie und von wem wird die Gebühr erfordert?

Lösung:

- Mit Einreichung der Klage für das Verfahren vor dem Landgericht in erster Instanz ist eine Gebühr nach Nr. 1210 KV GKG entstanden, §§ 1, 3 Abs. 2 GKG
- Kostenschuldner: Kläger als Antragsteller, § 22 Abs. 1 GKG
- Streitwert: 8.000,00 EUR
- Berechnung nach § 34 Abs. 1 GKG (Anlage 2)

Anlage 2 zu
§ 34 Abs. 1
S. 3 GKG



Streitwert:
8.000,00 EUR

Streitwert bis ... €	Gebühr ... €		Streitwert bis ... €	Gebühr ... €
500	40,00		50 000	638,00
1 000	61,00		65 000	778,00
1 500	82,00		80 000	918,00
2 000	103,00		95 000	1 058,00
3 000	125,50		110 000	1 198,00
4 000	148,00		125 000	1 338,00
5 000	170,50		140 000	1 478,00
6 000	193,00		155 000	1 618,00
7 000	215,50		170 000	1 758,00
8 000	238,00		185 000	1 898,00
9 000	260,50		200 000	2 038,00
10 000	283,00		230 000	2 248,00
13 000	313,50		260 000	2 458,00
16 000	344,00		290 000	2 668,00
19 000	374,50		320 000	2 878,00
22 000	405,00		350 000	3 088,00
25 000	435,50		380 000	3 298,00
30 000	476,00		410 000	3 508,00
35 000	516,50		440 000	3 718,00
40 000	557,00		470 000	3 928,00
45 000	597,50		500 000	4 138,00

Lösung:

- Die Gerichtsgebühren betragen 714,00 EUR
(3 x 238,00 EUR)
- Kostenschuldner ist K als Antragsteller, § 22 Abs. 1 GKG
- Die Gebühr ist vor auszuzahlen, § 12 Abs. 1 S. 1 GKG

Ergebnis:

Der Kostenbeamte hat von K 714,00 EUR mit Kostennachricht (**Kost 40 bzw. FV 31**) zu erfordern.

Beispiel:

- Der Kostenbeamte erfordert die entstandene und fällige Verfahrensgebühr nach Nr. 1210 KV GKG in Höhe von 714,00 EUR vom Kläger mit Kostennachricht (Kost 40/FV31).
-

Variante a)

Es gelangt eine Zahlungsanzeige über 714,00 EUR zur Akte

Variante b)

Es gelangt eine Zahlungsanzeige über 614,00 EUR zur Akte

Variante c)

Nach Ablauf von sechs Monaten ist keine Zahlung zur Akte gelangt.

Was hat der Kostenbeamte zu veranlassen?

Lösung:

- Variante a):
- Die Akte ist nach vollständiger Zahlung der/dem zuständigen RichterIn/Richter bzw. dem Spruchkörper mit entsprechenden Zahlvermerk vorzulegen.
- Variante b):
- Die Akte ist nach Zahlung eines nicht unerheblichen Anteils der erfordernten Gerichtsgebühr der/dem zuständigen RichterIn/Richter bzw. dem Spruchkörper vorzulegen.
- Variante c)
- Der Kostenbeamte hat eine Sollstellung bei der KEJ über einen Betrag von 238,00 EUR (= 1,0 Gebühr) zu veranlassen, § 26 Abs. 8 KostVfg.